



perspektiefe: »Freiheit und Demokratie« Dez. 2011 / 27

Liebe Leserinnen und Leser,

das „protestantische Prinzip“ setzt beim Individuum an. Weil Freiheit jedem Einzelnen von Gott geschenkt und nicht eine zu erbringende Leistung des Menschen ist, kann und soll jeder Einzelne Verantwortung in der und für die Gesellschaft tragen. Dieses Prinzip scheint gegenwärtig im „säkularen Kleide“ in den großen zivilen Bewegungen, wie etwa der Occupy-Bewegung, wieder zu wachsen. Nicht die Parlamentssäle, sondern der öffentliche Raum – real oder virtuell – werden zum Austragungsort von Auseinandersetzungen, die die Gesellschaft im Kern beschäftigen. Was ist davon im Kontext

einer Netz-, aber doch repräsentativ gegliederten Demokratie zu halten? Wo liegen die Chancen? Wo die Gefährdungen? Wenn man bedenkt, dass ja auch die Masse der Individuen nicht einfach per se recht hat. Unter dem Titel „Freiheit und Demokratie“ widmet sich diese Ausgabe von *perspektiefe* diesem Problemzusammenhang.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr
Christian Schwindt

Occupy: Frankfurt
im Herbst 2011



Foto: Christoph Hess Fotodesign, Darmstadt

Essay

Die Zivilgesellschaft ist das regenerative Feld der Demokratie

Zivilgesellschaft, Parteiendemokratie und die neuen Bürgerproteste



»Würden die Parteien den Bürgerprotesten folgen, würden sie ihr politisches Besteck verlieren, mit dem sie handeln.«

Prof. Dr. Herfried Münkler
Humboldt-Universität, Berlin

→ Dass die im Parlament vertretenen Parteien, insbesondere die großen Volksparteien, mitunter Probleme haben, den Zorn und die Empörung von Teilen der Bevölkerung aufzunehmen und sie politisch zu kanalisieren, ist in der Geschichte der westlichen Demokratie immer wieder vorgekommen. Der in Bürgerprotesten laut werdende „Unwillen“ von Teilen der Bevölkerung ist nur schwer in einen klaren politischen Willen zu übersetzen, der sich in Gesetzen und Reformen operationalisieren lässt. Etwas vereinfacht kann man von drei Problemtypen sprechen, mit denen die Parteiendemokratie bei Bürgerprotesten konfrontiert ist.

Da sind zunächst die Proteste, bei denen die politischen Spaltungslinien mitten durch das Wählerklientel der etablierten Parteien hindurchgehen, so wie dies zuletzt beim Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs der Fall war. Da sich die Präferenzbildung für oder gegen den Neubau nicht entlang einer der traditionellen Cleavages* des Parteiensystems vollzog, hatten vor allem CDU und SPD damit Probleme, das Protest-

potenzial aufzufangen und es in die Bearbeitungsmaschinerie des parlamentarischen Systems einzuspeisen. Aber da in diesem Fall (wie auch sonst beim Protest gegen große Infrastrukturprojekte, wie Landebahnen oder Verkehrswege) die Grünen als parlamentarischer Repräsentant des Bürgerprotests bereitstanden, konnte dieser bei der nächsten Wahl domestiziert und in die Bahnen der institutionellen Ordnung gelenkt werden.

Die Bürgerproteste können aber auch darin ihre Ursache haben, dass grundlegende Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur Debatte stehen und in den Bürgerprotesten Sichtweisen artikuliert werden, die der politischen Grundausrichtung der politischen Parteien zuwiderlaufen, wie dies beim Auftauchen der ökologischen Frage und insbesondere beim Umgang mit Hochrisikotechnologien, wie der Nutzung der Atomkraft, seit Ende der 1970er-Jahre der Fall war. Hier werden die grundlegenden Antworten der Parteien auf die politischen Herausforderungen in Frage gestellt, in diesem Fall die Orientierung am tech-

[Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite >](#)



Foto: Bernd Weißbrod / picture alliance / dpa

Stuttgart 21: Montagsdemonstration im Frühling 2011

»Einige Politiker, haben lange Zeit Allmachtspräntionen gepflegt, die nun gegen sie zurückschlagen. Die Zivilgesellschaft belagert die Parteiendemokratie mit den Mitteln der Überforderung.«

Fortsetzung von Seite 1

nologischen Fortschritt und wirtschaftlichen Wachstum. Würden die Parteien den Bürgerprotesten folgen, würden sie ihr politisches Besteck verlieren, mit dem sie handeln und – tatsächlich oder bloß vorgeblich – erfolgreich sind. Aber mit der Zeit werden die Gegensätze kleiner, weil einzelne Aspekte des Protests von den Parteien aufgenommen werden und sich parallel zur Ausweitung der Bürgerbewegung deren Forderungen abschleifen. Der Bürgerprotest ist erfolgreich, indem eine Reihe seiner Forderungen in die Parteiagenden einfließen und darüber Perspektiven aufgebaut werden, in denen dem ursprünglichen Anliegen Rechnung getragen wird.

Bürgerproteste verändern Parteipolitik

In zunehmendem Maße kommt es aber auch vor, dass in den Bürgerprotesten Probleme zur Sprache gebracht werden, die für die Politik unter den gegebenen Verhältnissen prinzipiell unlösbar sind, und das nicht, weil sie, wie im zweiten Komplex, mit den politischen Grundorientierungen der Parteien kollidieren, sondern weil die Reichweite der verfügbaren politischen Instrumente für eine effektive Problembearbeitung nicht ausreicht. Das ist zurzeit in fast allen mit der Globalisierung der Wirtschaft zusammenhängenden Fragen der Fall, von der Antiglobalisierungsbewegung ATTAC bis zu den jüngsten Occupy-Initiativen, denen gegen-

über selbst etablierte Politiker inzwischen ihre Sympathie bekundet haben. Man kann darin eine besonders raffinierte Form der Vereinnahmung sehen, aber vermutlich hätten diese Politiker tatsächlich gerne die Instrumente, die von den Bewegungen gefordert werden, sind aber nicht in der Lage, sie sich verfügbar zu machen. Durch ihre dynamische Flexibilität entziehen sich die Mechanismen des Weltmarkts den Regelungsversuchen der Politik, und die Kosten eines generellen Ausstiegs aus dem Weltmarkt wiegen in jedem Fall schwerer als der Nutzen dieses Ausstiegs.

Es gibt also Bürgerproteste, die von den Parteien nach einiger Zeit aufgegriffen und in die politischen Entscheidungsprozesse eingespeist werden, weiterhin einige Proteste, die mit der Zeit versiegen, und schließlich solche, die bis auf Weiteres bloß Signale ohnmächtiger Wut sind. Sie überfordern die Reichweite und Regelungsfähigkeit der Politik. Auch das ist nicht neu, nur dass früher die Formeln für die Grenzen politischer Handlungsmacht mit Gott oder (seit dem 17. Jahrhundert) Natur Namen hatten, die eine größere Evidenz des politisch Unverfügbaren hatten. Wenn das der Politik Transzendente inzwischen mit den Begriffen Weltwirtschaft oder Globalisierung bezeichnet wird, so zeigt sich darin eine Frivolität der Transzendenz, die viele nicht zu akzeptieren bereit sind. Sie verweigern ihr die Anerkennung. Insofern sind diese Proteste ein Aufstand gegen spezifische Transzendenzen.

Aber auch das hat seinen politischen Grund: Die Politik bzw. präziser: einige Politiker, haben lange Zeit Allmachtspräntionen gepflegt, die nun gegen sie zurückschlagen. Die Zivilgesellschaft belagert die Parteiendemokratie mit den Mitteln der Überforderung. Aber das rächt sich irgendwann auch an der Zivilgesellschaft, aus der diese Bürgerproteste kommen. Sie tut gut dran, wenn sie diese Allmachtsfantasien nicht übernimmt, sondern sich der begrenzten Reichweite ihrer Möglichkeiten bewusst bleibt. Sie ist, politiktheoretisch betrachtet, ohnehin kein politischer Akteur im strengen Sinn, sondern ein Frühindikator für Veränderungen in der Mentalität und im Problembewusstsein der Bürger. Gleichzeitig ist sie das Feld, auf dem das wichtigste Bindemittel partizipatorischer Politikregime, das Vertrauen der Bürger zueinander (horizontal) und gegenüber ihren auf Zeit bestellten Repräsentanten (vertikal), erzeugt und gepflegt wird. Die Demokratie, und keineswegs bloß die Parteiendemokratie, ist nicht nur gefährdet, wenn dieses Feld verwildert und nicht mehr bestellt wird, sondern auch wenn auf ihm etwas gedeihen soll, was nicht gedeihen kann, nämlich operative Politik und die Neurahmung der politischen Ordnung. Wo das versucht wird, gerät alles durcheinander, und überspannte Erwartungen schlagen in Frustration und Resignation um. Die Zivilgesellschaft ist das regenerative Feld der Demokratie, aber wo sie sich an deren Stelle zu setzen versucht, wird sie schnell zu deren Überforderung und das führt zur Selbstzerstörung der demokratischen Ordnung.

Prof. Dr. Herfried Münkler,
Humboldt- Universität, Berlin

* siehe Cleavage-Theorie: politikwissenschaftliche Theorie, die versucht, Wahlergebnisse anhand von Konfliktlinien in der Gesellschaft zu erklären.

s. a. „Aktive Bürgerschaft oder bürgerschaftliches Engagement? Über das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Parteiendemokratie“ in Journal für politische Bildung, 1/2011

„Neue Formen der Bürgerbeteiligung schaffen Vertrauen“

Interview mit Prof. Dr. Gunnar Schwarting,
Geschäftsführer des Städtetags Rheinland-Pfalz

→ Herr Prof. Schwarting, welche Formen der Bürgerbeteiligung beobachten Sie?

Schwarting: Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen wollen heute nicht nur über Beschlüsse von gewählten Gremien und Verwaltungen informiert werden, sondern in Richtungsentscheidungen sowie bei großen Einzelprojekten einbezogen werden. Das richtet sich nicht grundsätzlich gegen die repräsentative Demokratie, weist aber auf ein neues Selbstbewusstsein hin.

Um dem Rechnung zu tragen, werden seit einigen Jahren bereits Instrumente wie Bürgerforen, kommunale Bürgerhaushalte, Diskussionsplattformen im Internet oder Entwicklungs- und Stadtteilkonferenzen eingesetzt, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren und deren Meinungen und Wünsche kennenzulernen und frühzeitig in die Planung einzubeziehen.

So hat das Land Rheinland-Pfalz eine Enquetekommission „Bürgerbeteiligung“ eingesetzt. Land und Kommunen beziehen die Bürgerinnen und Bürger bereits in der Planungsphase stärker ein und gehen auch mit Mediationsverfahren bei großen Infrastruktur- und Versorgungsprojekten wie der Entwicklung von Tiefen-Geothermie weit über das hinaus, was die Gemeindeordnungen an Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten vorsehen.

Welche Voraussetzungen braucht es, damit sie erfolgreich umgesetzt werden können?

Schwarting: Entscheidend ist, dass Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Verwaltungen und kommunale Gremien die Bürgerbeteiligung wirklich wollen und aktive Bürgerbeteiligung als Gewinn betrachten.

Ich beobachte, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mit hoher fachlicher Kompetenz und detailliertem Wissen in kommunale Bürgerhaushalte oder Bürgerforen einbringen. Sowohl für sie als auch für die Kommunen bedeutet das einen hohen Einsatz an Zeit, aber auch an Geld.

Von Beginn an muss klar sein, dass für endgültige Entscheidungen die zuständigen städtischen Gremien bzw. Verwaltungen verantwortlich sind und nicht immer ein Konsens, der alle zufrieden stellt, erreicht wird.

Über alle Beschlüsse, deren Umsetzung und finanzielle Konsequenzen muss Rechenschaft abgelegt werden. Damit wird das bürgerliche Engagement gewürdigt und die Transparenz trägt zur Vertrauensbildung bei. Es kann sich damit auch eine Kultur größerer Offenheit in Verwaltung und politischen Gremien entwickeln.

Die Kommunikationsmedien bieten neue Möglichkeiten der Interaktion mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Wenn z. B. ein Oberbürgermeister ein öffentliches Tagebuch über seine Tätigkeit schreibt, fordert er damit Kommentare und Fragen heraus.

Gleichzeitig muss bedacht werden, welche Erwartungen die Öffentlichkeit an Verbindlichkeit und Geschwindigkeit von Antworten stellt und ob dem ein Einzelner gerecht werden kann.

Außerdem muss vorsichtig mit der (parti-)politischen Instrumentalisierung von Bürgerbefragungen umgegangen werden. Die Akzeptanz von Entscheidungen wird damit nicht unbedingt erhöht.

Gibt es aktive Bürgerbeteiligung nur in Bürgerinitiativen, die gegen bestimmte Projekte protestieren, oder zeigt sich auch langfristiges Bürgerbewusstsein und Verantwortung über partikulare Interessen hinaus?

Schwarting: Bei kommunalen Bürgerhaushalten geht es keineswegs nur um Protest gegen Einzelprojekte. Hier setzt bürgerschaftliches Engagement auch Verständnis für Gesamtzusammenhänge und teilweise auch langfristige, generationenübergreifende Verantwortung voraus. Manche Menschen, die sich in Bürgerinitiativen oder bei kommunalen Bürgerhaushalten engagieren, entwickeln auch Interesse an

einer weiter gehenden Mitwirkung, z. B. in Stadträten oder Kreistagen. Dennoch lassen sich viele Bürgerinnen und Bürger eher mobilisieren, wenn sie von einzelnen Projekten persönlich betroffen sind. Hier braucht es neben Zeit auch viel Fingerspitzengefühl, um die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung produktiv zu nutzen.

Vielen Dank für das Gespräch.

**Das Gespräch führte Dr. Brigitte Bertelmann,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN**



»Von Beginn an muss klar sein, dass für endgültige Entscheidungen die zuständigen städtischen Gremien bzw. Verwaltungen verantwortlich sind und nicht immer ein Konsens, der alle zufrieden stellt, erreicht wird.«

Prof. Dr. Gunnar Schwarting
Geschäftsführer des
Städtetags Rheinland-Pfalz

Internet

Bürgerbeteiligung im Netz

www.campact.de

organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen.

www.omnibus.org

ist ein Forschungs- und Entwicklungsunternehmen der direkten Demokratie.

www.attac.de

setzt sich ein für eine ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung.

www.bewegungsstiftung.de

fördert soziale Bewegungen, die gesellschaftlichen Wandel gestalten.

www.buergergesellschaft.de

ein Wegweiser für bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe.

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

bringt Menschen und Organisationen zusammen, die die Zukunft der Bürgerbeteiligung gestalten wollen.

www.mitarbeit.de

will Demokratieentwicklung von unten.

Von den Pilgervätern bis zu den Piraten

Über die Kirche, die Freiheit und die Demokratie



»Die eigene Freiheit, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der Umwelt sind dabei wichtige Forderungen. Die evangelischen Kirchen stimmen in einzelnen Punkten mit den neuen Bewegungen überein.«

Dr. Volker Jung

Kirchenpräsident der
Ev. Kirche in Hessen und
Nassau

→ Im Gepäck hatten sie nur ihre wichtigsten Habseligkeiten und die Hoffnung auf Freiheit. Als die 102 Passagiere des Schiffes im November 1620 wieder an Land gingen, atmeten sie auf. Zwei Monate hatte die Reise gedauert. Zwei Menschen waren gestorben. Ein Kind wurde geboren. Ihre Flucht aus England war zu Ende. Später würde man sie die Pilgerväter nennen. Gleichzeitig standen sie in der Neuen Welt vor einem neuen Anfang. Sie mussten sich überlegen, wie sie ihre Gemeinschaft organisieren wollten. Sie entschieden sich dafür, sich selbst zu regieren. Später würde man diesen Entschluss nach dem Namen ihres Schiffes den Mayflower-Pakt nennen. Manche Forscher sehen in dem heute 3415 Einwohner zählenden Ort Provincetown an der Ostküste der USA deshalb die Wiege der modernen Demokratie – und nicht in Athen. Dort betreten die Pilgerväter in vieler Hinsicht neues Land.

Dass christliche Theologie und moderne Demokratie in Provincetown zueinander fanden, ist ein Glücksfall der Geschichte. Vielfach überwog in der christlichen Tradition jedoch lange die Skepsis gegenüber allen Versuchen, die Organisation des Zusammenlebens demokratisch zu regeln. Anknüpfend an biblische Vorstellungen ging man davon aus, dass Gott die Obrigkeit eingesetzt habe. Man argumentierte, dass Gott selbst etwa Fürsten und Königen das Mandat gegeben habe, zu herrschen.

So lässt Martin Luther nie Zweifel daran aufkommen, dass die Landesherrn in göttlichem Auftrag regieren. Sie sind ihrerseits Gott gegenüber verantwortlich. Die Untertanen wiederum sind der Obrigkeit Respekt schuldig. Auch wenn der Grundsatz galt, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, blieb allerdings immer unklar, wann und wie man gegen eine offensichtlich ungerechte Obrigkeit vorgehen konnte. Demokratie sieht aus heutiger Perspektive sicher anders aus.

Gleichzeitig kann man sagen, dass von der Reformation auch wichtige Impulse für die Entwicklung hin zur modernen Demokratie ausgingen. Dazu gehören die Forderung nach Gewissens- und Religionsfreiheit oder die Vorwegnahme des modernen Menschen-

rechtsgedankens. Doch in Deutschland taten sich die evangelischen Landeskirchen bis 1945 schwer mit der Demokratie. Die in der Epoche der Reformation gewachsene Nähe zum monarchischen Staat wog bis in die jüngste Geschichte schwer.

Mit der 1985 erschienenen Demokratiedenkschrift bekennt sich die Evangelische Kirche in Deutschland deutlicher als jemals zuvor in einem offiziellen Dokument zur Demokratie. Darin heißt es: „Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger und so auch für evangelische Christen. In der Demokratie haben sie den von Gott dem Staat gegebenen Auftrag wahrzunehmen und zu gestalten.“

Fast 400 Jahre nach den Pilgervätern erscheint heute eine neue Dimension der Demokratie am Horizont. Von den Piraten bis zu der Protestbewegung Occupy bricht sich die Basisdemokratie neue Bahn. Wie einst bei den Pilgervätern geht es Piraten, Occupy-Engagierten oder auch den „Wutbürgern“ von Stuttgart um unmittelbaren Austausch und um wenige, dafür umso konkretere Ziele. Die eigene Freiheit, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der Umwelt sind dabei wichtige Forderungen. Die evangelischen Kirchen stimmen in einzelnen Punkten mit den neuen Bewegungen überein. Noch gibt es aber keine grundsätzliche Positionierung.

In den USA hat die Partnerkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die United Church of Christ, hier einen Vorstoß unternommen. In New York campierten Pfarrer mit den jungen Protestierern von Occupy in Zelten. Sie lösten damit prompt eine gewaltige Diskussion aus. Positionen mussten innerkirchlich geklärt und dann öffentlich benannt werden. Aber genau das gehört zur Freiheit. Und genau das ist auch Demokratie.

Gleichzeitig ist deutlich, dass viele der in den neuen Bewegungen Engagierten eine Kirche noch niemals von innen gesehen haben. Es geht für die Kirchen also zunächst um Annäherung und nicht um Anbiederung oder gar Vereinnahmung. Die Kommunikationsformen der neuen Bewegungen können für die Kirchen anregend sein: Das Internet aber auch kleine Zirkel vor Ort sind ihr Zuhause. Ihre Methoden können belebend wirken: Offene Worte und persönlicher Austausch sind Trumpf. Für beide Seiten wäre eine vertiefte Begegnung wie bei den Pilgervätern aber vor allem eines: Neuland.

Entscheidend ist zu erkennen: Demokratie muss gelebt und weiterentwickelt werden. Gerade davon lebt sie. Wenn dies nicht gelingt, droht ein Rückfall in undemokratische Strukturen.

**Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der
Ev. Kirche in Hessen und Nassau**

Impressum

Verantwortlich

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Str. 113–115, 55128 Mainz

Redaktion

Margit Befurt, Dr. Brigitte Bertelmann,
Oberkirchenrat Christian Schwindt
Telefon: 06131 2874442, Fax: 06131 2874411
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Die **perspektiefe** erscheint drei Mal im Jahr und ist kostenlos. Weitere Informationen zum Thema: www.zgv.info

Umsetzung

Layout: Holger Giebler,
magascreen.com
Korrektur: fallert-mueller.de
Druck: lautertal-druck.de
Auflage: 4.000

Bilder

Humboldt-Universität Berlin (1),
G. Schwarting (3), EKHN (4)



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU